

Sektion Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft

Sektionstagung am 20. und 21. März 2023

Universität Kassel

Call for Papers: Digitalisierung in Staat und Verwaltung

Die digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist derzeit in aller Munde. Gerade weil öffentliche Organisationen in ihrem Digitalisierungsgrad hinter vielen Unternehmen hinterherhinken und sich die Anforderungen der Bürger:innen an die Verwaltung durch die Digitalisierung verändern, wird die Digitalisierung als zentrale Herausforderung der nächsten Jahre gesehen. Die Digitalisierung der Verwaltung wird regierungsseitig als Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gesehen, wobei nicht nur die klassische Vollzugsverwaltung und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) gemeint sind, sondern der öffentliche Sektor im weiteren Sinne: Digitalisierung wird in zahlreichen politischen Verlautbarungen als „Megathema“ für die Zukunft ganz unterschiedlicher öffentlicher Organisationen, wie beispielsweise der Bundeswehr, Polizei, Schulen, Hochschulen oder Archive, gesehen.

Der konsequenten Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung werden dabei erhebliche Potentiale zugesprochen. Diese Potentiale beziehen sich einerseits auf die Serviceorientierung und Effizienz des Verwaltungshandelns sowie auf neue Möglichkeiten der Ko-Produktion und Förderung ehrenamtlichen Engagements sowie andererseits auf eine Erhöhung der Responsivität der Verwaltung (z. B. Steigerung der Transparenz des Verwaltungshandelns, Verbesserung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Bürger:innen). Mit Blick auf die wissenschaftliche Literatur fällt allerdings auf, dass empirische Studien zu den Effekten der Digitalisierung rar sind.

Durch die Digitalisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche wird Digitalisierung nicht nur intern zu einem Thema für Regierung und Verwaltung, sondern ist vor allem auch Gegenstand politischer Steuerung. Politikwissenschaftlich sind dabei mindestens zwei Teilbereiche von Interesse, und zwar einerseits das Verständnis von Digitalisierungsthemen als Policy und die daran geknüpften klassischen Fragen der Policyforschung (*what governments do, why they do it and what difference it makes*) und andererseits die demokratiefördernden (und –hemmenden) Aspekte der gesellschaftlichen Digitalisierung. So wird beispielsweise den sozialen Medien in der Literatur teils ein demokratieförderndes Potential zugesprochen, da sie neue Formen der politischen Partizipation und Organisation gesellschaftlicher Interessen ermöglichen, gleichzeitig gibt es zahlreiche Studien, die negative Effekte aufzeigen (Ausgrenzung, gesellschaftliche Spaltung, zunehmende Distanz zu demokratischen Institutionen und Akteuren in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen etc.).

Die Sektionstagung möchte sich diesen vielfältigen Themen widmen. Beiträge sind zu allen Fragen der Digitalisierung in Staat und Verwaltung willkommen und können sich u. a. den folgenden Fragekomplexen widmen:

- Mit welchen Theorieansätzen lassen sich digitalisierungsbezogene Fragestellungen der Verwaltungswissenschaft und Policyforschung bearbeiten und inwiefern lassen sich theoretische Modelle aus anderen Disziplinen fruchtbar nutzen?
- Wie unterscheidet sich die Digitalisierungstiefe oder Digitalisierungsreife der Verwaltung in verschiedenen Ländern, auf verschiedenen Verwaltungsebenen oder in verschiedenen Politikbereichen? Welche Faktoren (z. B. institutionelle, technologische, individuelle Faktoren) wirken sich fördernd und welche hemmend auf die Verwaltungsdigitalisierung aus? Welche Effekte (inkl. nicht-intendierter Effekte) lassen sich empirisch beobachten (z. B. in Bezug auf Effizienz, Arbeitsbelastung, Bürokratiekosten etc.).
- Welche Möglichkeiten und Grenzen gibt es für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Regierung und Verwaltung und welche Faktoren beeinflussen die Akzeptanz KI-basierter Software intern (durch die Mitarbeitenden) und extern (durch die Bürger:innen)?
- Welche Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen sind im Zeitalter der Digitalisierung vom Staat bereitzustellen oder zu gewährleisten und wie verändern sich staatliche Aufgaben in einer „digitalen Gesellschaft“? Wie wird „digitale Teilhabe“ gewährleistet und welche Herausforderungen und Konfliktlinien treten in diesem Zusammenhang auf?
- Welchen Beitrag können digitaler Technologien zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen in verschiedenen Politikfeldern leisten (z. B. flächendeckende Gesundheitsversorgung in Zeiten des demographischen Wandels, bedarfsgerechter ÖPNV in ländlichen Räumen etc.)? Inwiefern verändern sich Akteurskonstellationen und Muster der Entscheidungsfindung durch die Digitalisierung in verschiedenen Politikfeldern?
- Wie ist Digitalisierung in der Regierungsorganisation verschiedener Staaten und im föderalen System Deutschlands abgebildet und welche Effekte haben diese formalen Organisationsstrukturen auf Politikformulierung und den Vollzug? Inwiefern verändern sich Kommunikation und Koordination durch die Digitalisierung?
- Welche Kompetenzen benötigt das Verwaltungspersonal im digitalen Staat und inwiefern verändern sich Anforderungsprofile und Muster der Rekrutierung und Beförderung im öffentlichen Dienst?
- In welcher Form werden soziale Medien durch öffentliche Organisationen und deren Mitarbeitende genutzt und welche internen und externen Ziele werden damit verfolgt? Wie ist die Zielerreichung einzuschätzen und zu erklären? Wie wird die Nutzung sozialer Medien verwaltungsintern reguliert und gesteuert und welche Veränderungen von Strukturen, Prozessen, Normen und Rollenverständnissen sind damit verbunden?

Theoriegeleitete Beiträge mit empirischer Ausrichtung sind ebenso willkommen wie konzeptionelle Beiträge, die zu einer besseren Theoriefundierung der Forschung beitragen sollen. Um dem offenen Charakter der Sektionstagung Rechnung zu tragen, können neben Beiträgen zum Tagungsthema auch Beiträge für thematisch offene Panels eingereicht werden. Bitte geben Sie im Abstract explizit an, ob Sie in einem Panel zum Themenschwerpunkt der Tagung oder in einem offenen Panel platziert werden möchten.

Die Abstracts (maximal 300 Worte) sind bis zum 31. Oktober 2022 an die Mailadresse der Sektion (policyundverwaltung@dvpw.de) zu richten. Die Auswahl der Beiträge für die Sektionstagung wird bis zum 15. November 2022 abgeschlossen sein. Full Papers (im Umfang von ca. 8.000 Wörtern) werden dem Discussant sowie allen Tagungsteilnehmer:innen bis spätestens 13. März 2022 zur Verfügung gestellt. Beiträge können auf Deutsch oder Englisch eingereicht werden.

Die Tagung findet an der Universität Kassel statt und wird von Prof. Dr. Simon Fink, Dr. Daniel Rasch und Prof. Dr. Sylvia Veit (lokale Veranstalterin) organisiert.